

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Schmidt
Herausgeber: Rudolf Schmidt
Redaktion: Rudolf Schmidt
Druck: Rudolf Schmidt

Bezugspreis: Bei täglichem Abonnement monatlich 3,00 RM. (einschl. Porto 10 Pf.)
Bei halbjährlichem Abonnement 15,00 RM. (einschl. Porto 50 Pf.)
Bei jährlichem Abonnement 28,00 RM. (einschl. Porto 1,00 RM.)
Einzelhefte 10 Pf. (einschl. Porto 2 Pf.)
Anzeigenpreise: Die erste Zeile 20 RM. für 10 Tage, die zweite Zeile 15 RM. für 10 Tage, die dritte Zeile 10 RM. für 10 Tage.
Langfristige Anzeigenpreise auf Anfrage.

Redaktion: Rudolf Schmidt
Herausgeber: Rudolf Schmidt
Druck: Rudolf Schmidt
Verleger: Rudolf Schmidt

Die Schwenkung der britischen Politik Englands Antwort völlig unbefriedigend

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Sept. In der Wilhelmstraße wird heute des weiteren zu der völlig unbefriedigenden englischen Antwortnote in Sachen der Abrüstung Stellung genommen. Man sieht das politische Ziel der englischen Note darin, die Abrüstungskonferenz durch Wiederherstellung Deutschlands in ihre Verhandlungen zu ziehen, nicht jedoch unerschrocken der Meinung Ausdruck, daß noch Form und Inhalt dieser Note nicht geeignet ist, Deutschland nach Genf zurückzuführen.

Der erste Teil der Note stellt nichts anderes dar als ein ungeprüftes weites Entgegenkommen Englands der französischen Forderung gegenüber.

Auch der zweite Teil, der den schwachen Versuch macht, den deutschen Erfordernissen wenigstens etwas Rechnung zu tragen, vermag den ungünstigen Eindruck, den der erste Teil der Note gemacht hat, nicht wesentlich abzumildern. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß der englische Hinweis, der deutsche Schritt in der Abrüstungsfrage sei unzeitgemäß und widerspreche dem Erfordernis der wirtschaftlichen Weltlage, in der Note selbst keinen Widerspruch findet, denn im Schlusssatz der Note wird erklärt, daß der jetzige Zustand mit der Ehre und Würde einer großen Nation unvereinbar sei und daß sein Abwärtswand nur Erbitte rung hervorzurufen könnte. Damit wird indirekt angegeben, daß Deutschland gar nicht anders handeln konnte. Im übrigen ist es nicht so, als ob Deutschland gewissermaßen aus seiner Dummheit seinen Schritt in der Gleichberechtigungsforderung unternehmen hätte. Seit Jahr und Tag haben alle deutschen Politiker, aber auch alle Wirtschaftsgremien immer wieder betont,

daß das politische Vertrauen in der Welt erst durch das Verschwinden der Diskrimination, unter deren Druck Deutschland lebt, wiederhergestellt werden könne.

Schließlich enthält die englische Note keinen Hinweis, wie man die Sache vorwärtsbringen werden kann. Es ist bemerkenswert, daß die englische öffentliche Meinung den Standpunkt des englischen Auswärtigen Amtes nicht teilt. Die gleiche Kritik, die von deutscher Seite geübt werden konnte, ist beispielsweise auch die Londoner „Times“ an dieser Antwort. — Schließlich wird in der Wilhelmstraße behauptet,

daß auf die Note keine besondere Antwort erteilt werden wird.

Deutschland werde als nunmehr ruhensuchender mit Interesse den Fortgang der Abrüstungsbestrebungen beobachten und davon seine Entschlüsse abhängig machen. Da aber demnach der Völkerbundsrat zusammentritt, ist die Frage akut, wie sich Deutschland verhalten wird, wenn nun eine bestimmte Themen der Abrüstungskonferenz plötzlich vor das Forum des Völkerbundes gelangen werden. Soweit man die Dinge überblickt, wird Deutschland dann in Genf sehr starke Worte zu dieser Angelegenheit reden. An ein Auscheiden Deutschlands aus dem Völkerbund wird zur Stunde wenigstens noch nicht gedacht. Immerhin könnte die Schwenkung der englischen Politik in der Abrüstungsfrage Anlaß zu einer Nachprüfung auch der deutschen Stellung dem Völkerbund gegenüber sein. Sollte beispielsweise Frankreich wirklich den Versuch machen, die sogenannte Frage militärischer Kontrollen in Genf auf die Tagesordnung zu bringen, dann würde es zu den schärfsten Auseinandersetzungen kommen. Neue Untersuchungskommissionen wird Deutschland unter keinen Umständen dulden.

Landtagspräsident Kerz beim Reichspräsidenten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 19. Sept. Der Reichspräsident empfing am Montagvormittag den Reichsfinanzminister Kerz zum Vortrag über die politische Lage. Im Anschluß daran erklärte beim Reichspräsidenten der Präsident des Preussischen Landtags, Kerz, der im Beisein des Reichskanzlers empfangen wurde. Präsident Kerz überreichte dem Reichspräsidenten eine Aufzeichnung über die Haltung des Preussischen Landtags gegenüber dem Reichskommisariat und kritisierte das Vorgehen des Reichskommisariats auf das lebhafteste. Dieser Schritt ist offensichtlich als Auftakt für das Zusammentreten des Preussischen Landtags, das für den 21. September in Aussicht genommen ist, gedacht. Einzelheiten über die Unterredung werden seitens des Büros des Reichspräsidenten nicht mitgeteilt.

Der Reichskanzler empfing am Montag den bayerischen Ministerpräsidenten Heß, der im Begleitung des Staatssekretärs Schaffer, des Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, erschienen war. Die Unterredung dürfte sich in der Richtung bewegt haben, die durch die bayerische Verfassungsentwurf gewiesen worden ist.

Frankreich umwirbt Amerika

Von der Londoner Note „freudig überrascht“

Paris, 19. Sept. Der Standpunkt der englischen Regierung zur Gleichberechtigungsforderung Deutschlands hat in französischen politischen und parlamentarischen Kreisen allgemein einen sehr günstigen Eindruck hervorgerufen. Man hat nicht erwartet, daß die englische Note, zum mindesten vom juristischen Standpunkt aus, sich soweit mit der französischen decken würde. Die Morgenblätter begrüßen die englische Auffassung, die besonders in ihrem ersten Teil vollkommen denjenigen Frankreichs entspreche und darüber hinaus mit noch sehr viel größerer Deutlichkeit und Schärfe an die Verpflichtungen erinnere, die Deutschland mit dem Versailler Vertrag übernommen habe.

Der außenpolitische Berichterstatter des „Echo de Paris“ bezeichnet die englische Note als das bestredigteste Schriftstück, das man je gelesen habe. Die Auslegung, die Sir John Simon dem Versailler Vertrag gebe, werde sicherlich nicht ohne Folgen bleiben.

„Chicago Tribune“ will erfahren haben, daß Herriot ein herzlich gehaltenes Schreiben an den Senator Borah gerichtet habe, um Amerikas Unterstützung für den französischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage zu gewinnen. Herriot führte in dem Schreiben aus, daß Frankreich hinter Hoover's Abrüstungsplan stehe und auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten in Genf hoffe. Man vermutet, daß Herriot unterhandelt eine Art Unterabstimmung zwischen Frankreich und Amerika erhalte habe, die es gestattet würde, Hoover's Plan durchzuführen.

Das Echo der Note in London

London, 19. Sept. In ihren Auslassungen zu den Ansichten der englischen Regierung über die deutschen Gleichberechtigungsforderungen laßt die Londoner Presse die englische Stellungnahme in dem Sinne auf, daß die englische Regierung einen Mittelweg zwischen den Ansichten Deutschlands und Frankreichs fordere und dem deutschen Verlangen nach Gleichberechtigung Rechnung zu tun habe. Die „Times“ schreibt unter anderem, jedermann in England, und auch die englische Regierung, habe zu, daß der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung tatsächlich erfüllt sei.

Die deutsche „aufdringliche Forderung“ verlange eine feste Antwort. Die diplomatische Initiative dürfe nicht in den Händen Deutschlands bleiben. Die anderen Regierungen müßten sich baldmöglichst darüber klar werden, was sie zu tun gedächten, wenn Deutschland in unablässig zur Wiederankündigung übergehe. Auch müßten sie erwägen, welche Zugeständnisse sie zu machen bereit seien, wenn es sicher zu sein schiene, daß die Abrüstungsvereinbarung nicht allen Regierungen die Begrenzungen und Verbote auferlege, die durch Teil 5 des Versailler Vertrages für Deutschland gelten.

Eine souveräne Nation sei ganz offensichtlich zum Handeln berechtigt, wenn sie nicht einmal ein einziges schweres Geschütz oder einen kleinen Tank bauen dürfe.

Noch sei der Grund der Rüstungsbeschränkung von allen angenommen. Es sei daher im höchsten Grade unzulässig, daß die in Genf versammelten Staatsmänner baldmöglichst zu einer Entscheidung darüber kämen, die Bestimmungen in Teil 5 des Versailler Vertrages aufzuheben, die sich mit den Bedingungen eines neuen Abrüstungsabkommens nicht in Übereinstimmung bringen ließen.

„Daily Telegraph“ ist der Ansicht, daß die englische Mitteilung die Grundlaged für eine Verständigung biete und die Fortsetzung der Konferenz sichere. Deutschland habe nun Gelegenheit, seine Position gegenüber den Zielen der Abrüstungskonferenz zu zeigen. — „Daily Mail“ sagt, wenn die Verträge abgeändert werden, so müßte dies als ein Akt der Gnade und nicht als Nachgeben auf einen Druck hin erfolgen. — „Daily Express“ überschreibt seine Stellungnahme mit „England weist Deutschland wegen unklarer Vorgehens zurecht“. — Der arbeiterparteiliche „Daily Herald“ gibt seiner Zurechtweisung Ausdruck, daß die englische Mitteilung offensichtlich die Abrüstungskonferenz retten wolle. Das Blatt meint aber,

es sei vollkommen unrichtig, den Deutschen Vorlesungen über die angebliche „Anangestrichtheit“ oder „Unklugheit“ ihrer Forderungen zu halten.

Die liberale „New Chronicle“ vermißt bei der englischen Forderung an Deutschland, wieder in Genf zu erscheinen, eine Begründung dafür, daß die Mächte, und besonders Frankreich, es ernst mit der Abrüstung meinen.

Zustimmung der VZB zur Reichsbankdiskontsenkung

Der Privatskont auf 4 Prozent gesenkt

Basel, 19. Sept. Der Verwaltungsrat der VZB hat den deutschen Antrag auf Abänderung des § 29 Abs. 3 des Reichsbankgesetzes, der vorsieht, daß eine Diskontsenkung unter 5% nicht erfolgen darf, solange sich die Golddeckung unter 40% bewegt, angenommen.

Der 50-Millionen-Dollar-Kredit der deutschen Reichsbank, der bis zum 5. Dezember verlängert worden ist, wird von der bevorstehenden Diskontsenkung nicht berührt. Für ihn gilt nach wie vor der Zinssatz von 5 v. H. Die übrigen Verhandlungspunkte, wie Entgegennahme der Geschäftsanträge für Juli und August, Bericht des Präsidenten Mac Graw hierüber, die Lage in Österreich und Ungarn, die Verhandlungen von Straßburg wurden glatt erledigt, so daß die Sitzung bereits gegen mittag wieder geschlossen werden konnte. — Die deutschen Vertreter werden Basel im Laufe des Nachmittags wieder verlassen.

Nachdem einem Abben der offiziellen deutschen Diskontsenkung nach Abänderung des Reichsbankstatuts nicht mehr im Wege steht, wurde in Berlin am Montag bereits die Privatskontnotiz an der Börse um 1/2 v. H. auf 4 v. H. ermäßigt.

Winterhilfe 1932/33

Berlin, 19. Sept. Staatssekretär Dr. Griseker und der Generalsekretär der deutschen Liga der freien Wohlfahrtsvereine sprachen heute mittag vor Vertretern der Presse über die Aufgaben der Winterhilfe in diesem Jahre. Staatssekretär Dr. Griseker führte unter anderem aus: Das Wort „Winterhilfe“ weckt Erinnerungen, Befürchtungen und Erwartungen.

Auch für den Übergang von 1932 auf 1933 ist ein Winter der Not zu befürchten.

Ende August war die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen um eine Million höher als um die gleiche Zeit des Vorjahres. Der Unterschied ereignet sich vornehmlich in der Wirtschaft der Reichsregierung, dann ist mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und mit der Vermehrung von Arbeitslosengeldern zu rechnen. Mit einer solchen Schicksalswende allein ist aber auch noch nicht die Masse an Arbeit zu decken, unter der die Gegenwart so schwer leidet. Millionen von Arbeitslosen werden noch einmal den Nöten eines Winters ausgesetzt sein, mit ihnen Millionen von Frauen und Kindern.

Das Wort „Winterhilfe“ schließt die vertrauensvolle Erwartung in sich, daß dem Winter der Not ein Winter der Hilfe gegenübersteht wird.

Die deutsche Liga für freie Wohlfahrtsvereine wird, wie im letzten Herbst, so auch jetzt zur Winterhilfe aufrufen. Der Reichspräsident und der Reichskanzler werden den Aufruf durch ein Geleitwort unterstützen.

Das Ergebnis der Wahlen in Schweden

Die Regierung zurückgetreten

Stockholm, 19. Sept. Das vorläufige Endergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer ergab für die Konventionen 668 742 Stimmen gegen 602 494 im Jahre 1928, Bauernbund 251 055 (208 501), Liberale 40 859 (70 820), Freisinnige Volkspartei 247 062 (308 905), Sozialdemokraten 1 018 176 (873 931), Schwedische Kommunisten 130 882 (151 507), Internationale Kommunisten 78 508, Nationalsozialisten 14 845. Es sind somit gewählt: 58 Konventionen, 15 Sitze verloren; 26 Bauernbund, 9 gewonnen; 4 Liberale, unverändert; 20 Freisinnige Volkspartei, 8 verloren; 104 Sozialdemokraten, 14 gewonnen; 6 schwedische Kommunisten, 2 verloren; 3 Internationale Kommunisten, 2 gewonnen.

Die Regierung Hamrin hat heute im Kronrat dem König ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Der König hat die Demission angenommen.

Flieger Udet gesichtet

Berlin, 19. Sept. Nach einer Meldung aus Kopenhagen ist der Flieger Udet heute, nachdem er vier Tage lang verschollen war, im Lager Dr. Frands gesichtet worden. Ein seit mehreren Tagen wütender Sturm verhinderte jedoch die Landung in der Nähe des Expeditionslagers. Udet habe mit seinem Flugzeug in geringer Höhe über dem Lager mehrere Schleifen gezogen und durch Winken von seinem Wohlbefinden Kenntnis gegeben. Er sei dann weiter geflogen, um in erheblicher Entfernung vom Lager einen von ihm schon häufig benutzten Landeplatz aufzusuchen.

Graf Gravina lebensgefährlich erkrankt

Danzig, 19. Sept. Im Belinden des Völkerbundskommissars Graf Gravina, der sich vor kurzem einer Darmoperation hatte unterziehen müssen, ist seit gestern abend eine erhebliche Verschlechterung eingetreten, die zu den größten Besorgnissen Anlaß gibt. Graf Gravina hat bereits heute früh die letzte Deutung empfangen.